

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. April 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 39

Bekanntmachung

In Rücksicht auf die Lage im Reiche, verbunden mit Aufstellung neuer Lohnforderungen an zahlreichen Orten, hat das Tarifamt in seiner Sitzung vom 1. April den **Zusammentritt des Tarifausschusses** für den Monat Mai beschlossen. Es soll zunächst über folgende Angelegenheiten beraten und Beschluß gefaßt werden:

1. Die Vorgänge innerhalb der Tarifgemeinschaft, verbunden mit Forderung neuer Steuerungszulagen.
2. Feriengewährung noch in diesem Sommer.
3. Verkürzung der Arbeitszeit.
4. Abschaffung von Nacharbeit oder Verlegung der Nacharbeit in andre Stunden.
5. Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftsordnung.

Berlin, 7. April 1919.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rud. Ullstein, Präzident

Robert Braun, Gehilfenvorstand

Paul Schliebs, Geschäftsführer

Wichtige Tarifausschubssitzung

Wie aus der vorstehenden Bekanntmachung des Tarifamts hervorgeht, steht für die allernächste Zeit wiederum eine Sitzung unter maßgebenden Tarifkörpern bevor, die sich mit einer Reihe von hochaktuellen Fragen zu beschäftigen haben wird. Es handelt sich in der Hauptsache um eine Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftsordnung, um eine zeitgemäße Neugestaltung ihrer Struktur. Gegenüber diesem Haupterfordernisse treten die sonst noch zur Beratung der nächsten Tarifausschubssitzung gestellten Fragen, so wichtig sie im einzelnen für die Gehilfenschaft auch sind, etwas zurück.

Es wäre verwunderlich gewesen, wenn die gegenwärtig in fast allen Industrien und Gewerben zur Diskussion stehenden Zeitbedingtheiten in wirtschaftlicher Beziehung nicht auch im deutschen Buchdruckgewerbe einen Widerhall gefunden haben würden. Hier, wo die Beziehungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen seit nahezu fünfzig Jahren im Sinne der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung durch tarifliche Vereinbarungen geregelt werden, hat naturgemäß immer ein besonderes Bedürfnis bestanden, mit dem Zeitgeiste fortzuschreiten. Die verschiedenen Reformen, die das Tarifverhältnis im Laufe der Jahre erfahren hat, bilden den besten Beweis dafür. 1896 wurde die Tarifgemeinschaft auf eine völlig neue Grundlage gestellt, und von da an dämmte ihr gewaltiger Aufschwung und ein geglücktes Ansehen weit über das Buchdruckgewerbe hinaus. Das damals unter verständnisvoller Mitwirkung der beiderseitigen Interessentengruppen im deutschen Buchdruckgewerbe geschaffene ist im Laufe der Jahre beispielgebend geworden für die gesamte soziale Bewegung in Deutschland. Die Tarifverträge erlangten immer größere Anerkennung und Bedeutung im heimischen Wirtschaftsleben.

Die grundlegenden Änderungen, die sich seit dem Ausbruch der Revolution in Deutschland vollzogen, stellen auch die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker vor die Notwendigkeit eines Umbaus, an welchem mitzuwirken jeder objektive urteilende Gehilfe ebenso berufen ist wie jeder ernstdenkende Prinzipal, denn die Tarifgemeinschaft ist zu einem Stück des beide Teile ernährenden Gewerbes selbst geworden. Die Gehilfenschaft betrachtet die Tarifgemeinschaft als ein Fundament, auf dem es bei beiderseitigen guten Willen auch für die Zukunft möglich sein wird, durch friedlich-schiedliche Vereinbarungen zu zeitgemäßen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelangen. So lange nur irgendwie die Möglichkeit besteht, auf dem Wege der Vermittlung zu wirtschaftlich besseren Verhältnissen zu kommen, so lange wird die Gehilfenschaft die Tarifgemeinschaft dem offenen Wirtschaftskampfe vorziehen, der Tausenden die Existenz kostet und die gewerkschaftliche Organisation schwer in Mitleidenschaft zieht. Von jeher ist es den Buchdruckern darum zu tun gewesen, unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse im Gewerbe tarifliche und organisatorische Fortschritte zu erkämpfen

und zu erarbeiten. Dieser Standpunkt muß auch in der nunmehr eröffneten Diskussion über eine zeitgemäße Neugestaltung der Tarifgemeinschaft zum Durchbruch gelangen. Alles, was bisher mit Hilfe des Tarifvertrags erreicht worden ist, gilt es als Etappe zu weiterem Fortschritt zu betrachten. An ein Zurückgehen der alten Tarifgemeinschaftsform kann nicht gedacht werden, ehe nicht etwas Besseres gefunden ist.

Selten oder nie ist der Gehilfenschaft in ihrer Gesamtheit eine bessere Gelegenheit geboten worden als jetzt, um in vollster Öffentlichkeit alle Erfordernisse zu erörtern für eine zeitgemäße Umgestaltung der Tarifgemeinschaft. Was sich mit der Zeit als reformbedürftig erwiesen hat, wird in der bevorstehenden Tagung des Tarifausschusses sowohl als möglich Berücksichtigung erfahren. Eine Voraussetzung dafür liegt in der Bekundung des regsten Interesses in allen Mitgliederkreisen für die Erledigung der ausgeworfenen Fragen. In besonderen Versammlungen muß in allen Orten, Bezirken und Gauen dazu Gelegenheit geboten werden. An Hand der Ergebnisse sollen die Gehilfenvertreter orientiert werden für ihr erpriehtliches Wirken in der Tarifausschubssitzung selbst, und außerdem ihnen damit einer vorher zusammentretenden Gauvorsteherkonferenz gewisse Richtlinien geboten werden. Einer für späterhin in Aussicht genommenen Generalversammlung, der höchsten Instanz im Organisationsleben, wird es vorbehalten bleiben, aus dem Gesamtverlaufe der Diskussion die richtige Nutzenanwendung zu ziehen. Das so oft geforderte Mitbestimmungsrecht in lebenswichtigen Organisationsfragen ist den Mitgliedern in weitgehendem Maße eingeräumt, und nunmehr muß es sich zeigen, ob die Kollegenchaft wirklich gewillt ist, in erster Arbeit mitzuraten und zu raten. Direkte Informationen der Gauvorstände und Gehilfenvertreter erscheinen nach Lage der zeitlichen Umstände gebotener als die Veröffentlichung raumerweiternder Versammlungsberichte, die vielleicht erst post festum erscheinen könnten. Der „Korr.“ aber wird der Erörterung der im Vordergrund des Interesses stehenden Probleme auch fernerhin gern seine Spalten öffnen. Die in den ersten fünf Tagesordnungspunkten der kommenden Tarifausschubssitzung enthaltenen Forderungen und Wünsche sind selber schon im „Korr.“ sowohl seitens der Redaktion als auch aus den Kreisen unserer Mitglieder heraus als berechtigt verfochten und nachgewiesen worden, so daß im Augenblick und bei dieser Gelegenheit nicht noch einmal des langen und breiten darauf eingegangen zu werden braucht. Das Schwergewicht liegt — wie schon gesagt — darin, die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker der veränderten Wirtschaftsordnung anzupassen, im Interesse aller Berufsangehörigen eine Form zu finden, die es ermöglicht, auf breiter Grundlage alle Verhältnisse des Gesamtgewerbes zu regeln, dauernd zu überwachen und in höherem sozialen Sinn auszubauen; eine Aufgabe, die zweifellos des Schweißes der besten Kräfte unfers geistigsten aller Berufe wert ist.

Wer wünscht das Wort?

Die Stunde des Proletariats!

Im vergangenen Herbst trat das Wetterleuchten aus politischem Himmel stark auf. Trotdem wenig von Nachrichten über die Dinge in Deutschland an die Front kamen und man nur auf die „Kölnische Volkszeitung“ oder „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mit dem alles lagenden Ausdruck „Fürs Feld“ angewiesen war, waren diese Organe für mich der politische Seismograph. Die so arglos gebrachten Notizen verriethen doch mehr über die Begebenheiten in der Heimat, als man die Leser glauben machen wollte. Und das etwas in der Luft lag, fühlten alle, die den ununterbrochenen Rückzug im Westen mitmachten. Dazu kamen die eigenartigen Arbeiten von Verteidigungsstellungen, die einen fest umrissenen Plan vermissen ließen, ja teilweise geradezu tragikomisch wirkten. Es ging aufs Heftel Proviantämter mühten mit großen Warenvorräten an hohen Geldwerten im Stiche gelassen werden. Die Zivilbevölkerung, ihrer Habgierigkeiten beraubt, wurde zusammengekrüppelt und an einen bestimmten Ort gebracht, an dem sie verblieb, bis die Erlösung durch ihre Freunde kam. Die Armeen, wie überall in der Welt, hatten am Schwersten zu leiden, wühlten aber am wärmsten mit dem gemeinen deutschen Soldaten und suchten sogar seine Martern zu mildern. In prägnanter Weise verhielten sie die Kapitalisten, um deren Willen das namenlose Unglück über die Völker hereinbrochen, und verabscheuten Wilhelm als den Verkörperer des Militarismus, den Unterdrücker der Arbeiter. Und da ward mir offenbar, wie leicht eine Obengemeinschaft unter den Arbeitern der ganzen Welt gepflegt werden kann, wenn sie von dem einen Willen ausgeht, die Entbehrten zum Sturze des Kapitalismus zu vereinen, das Proletariat von den Fesseln der Knechtschaft zu befreien.

In diesem Werke wieder mitzuarbeiten, gelobte ich mir aufs neue, als ich den Boden der jungen deutschen sozialistischen Republik betrat. Was mich besonders mit schöner Freude erfüllte, war die Eintragung des deutschen Proletariats, ausgebracht in den Namen Ebert-Saale! Das war ja meine größte Sorge... Die Eintragung des werktätigen Volkes auf revolutionärem Willensfundament — eine Träne glänzte in meinen Augen.

Noch einmal wurde ich aufs tiefe ergriffen, als mir auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin in großen Lettern der schöne Willkommensgruß „Friede, Freiheit, Brot!“ ins Auge fiel. Mit Schiller hätte ich lauchgen mögen: „Seid umschlungen Millionen!“ Vielen Gedanken, den der geniale Schöpfer der „Neunten“ (Seehoven) so wundervoll ausbrausen läßt.

Deutschland hat einen unsehbbaren Zusammenbruch erlitten. Der kapitalistische Klassenstaat ist in seinen Grundfesten erschüttert, er wankt und schwankt. Was das Schlimmste inmitten dieses Zusammenbruchs ist, ist die Tatsache, daß es sich eines Läuterungsprozesses nicht fähig erweist. Das es vergilt und verleiht ist durch die Erzeugnisse eines ungefüllen Presseprelles. Nach einem über vierjährigen, mit allen Neuerungen brutalster Mord- und Vernichtungswerkzeuge geführten Kriege sind die ihn begleitenden Methoden noch üblich. Mit jedem Tage treten sie mir erschreckender vor Augen, und fast hoffnungslos starre ich ins Dunkle der Zukunft. Festiger als je branden die Leidenschaften in schäumenden Wogen der wider-einander streitenden Parteien und bröckeln ein Stück nach dem andern ab von dem Glauben an die Menschheit, zerklüften den Fels der Arbeit gewaltigen Meeres! Fragt man sich, wie es soweit hat kommen können, muß man, um den Schlüssel zu finden, den Ursachen auf den Grund gehen. Wo liegen sie?

Schon vor dem Kriege zeigte es sich, daß der Konflikt zwischen Führern und Massen immer mehr verloren gegangen war. Durch den Ausbau der Tarifverträge ist das Schwergewicht der vielfachen Arbeiterinteressen in die abgeschlossenen Räume der Sitzungslokale verlegt. Auch hat man die Kontrollmöglichkeit über das Wirken der Vertreter dadurch beseitigt, daß die Herausgabe eines Stenogramms für überflüssig angesehen wird. Die Draußenstehenden haben sich mit dem gegebenen Extrakt abzufinden, für und fertig werden ihnen die Vereinbarungen unterbreitet, an ihnen ist weder zu drehen noch zu deuteln. Während nun die Anhänger der Tarifgemeinschaft dieses Verfahren für gut und nützlich halten, weil sie der breiten Masse das Reizeignis abbrechen, verließen sie sich ganz dem Gedanken, daß gerade diese Methoden die Massen auf den Weg des Mißtrauens führen. Man sage nicht, daß es unerschäftig sei. Im Gegenteil! Vom Tage

der Gründung an bis auf die heutige Zeit war und ist die Tarifgemeinschaft ein Instrument in den Händen der Arbeitgeber! Obwohl gebilligt auf ein Zusammenarbeiten mit den Prinzipalen hingestrichelt worden ist, trat die Möglichkeit erst ein, als lebhafte die Gehilfen verhandlungsfähig gemacht hatten, d. h. als sie eine gemeinsame Interessenvertretung eingingen. Was bei dieser gemeinsamen Interessenvertretung immer stärker in den Vordergrund getreten ist, ist die Umbildung einer großzügigen Gewerbetätigkeit. Die Wiedergeburt der Tarifgemeinschaft 1898 fand in klarem Anstrich mit den Gehilfenforderungen. Sie trug daher von vornherein den Keim in sich, daß die Gegenüber zwischen Kapital und Arbeit nicht durch Verhandlungen zu überbrücken sind. Eine lange Tarifdauer führte obendrein dazu, daß naturgemäß bei Erneuerung des Tarifs die Forderungen der Gehilfen entsprechend waren. Denn in der langen Periode hatte die technische Entwicklung nicht stillgestanden, wodurch die Lage der Gehilfen immer schwieriger wurde, das traurige Kapitel Arbeitslosigkeit fördernd. 1902 erfolgte die Einrichtung der Alterskassenentlohnung, 1908 ihre Erweiterung und die Einführung des Berechnens an der Gehaltsdreh im Zeitungsbetriebe, 1912 wurde es auch auf den Werksfuß ausgedehnt, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Altersrente, während die Mindestleistungen erhöht wurden. Im April 1907 wurde der Kontrollzettel eingeführt, eine soziale Tafel, deren sich die Gehilfenvertreter nie rühmen können. Vergessen darf nicht werden, daß die Prinzipale 1905 das Vorkaufwerden um Gewährung einer Teuerungszulage für tariftlich unzulässig erklärten, trotzdem sie die Teuerung selbst nicht bestritten. 1896 kam das soziale Verständnis hinsichtlich der Bundesratsvorschriften ebenfalls prägnant zum Ausdruck, indem sie den Anhang des Gewerbes herbeizuführen geeignet wären. Der Drang für Ängstliche und Arbeiterfürsorge ist noch heute rückständig genug, was wir in bezug auf Ferienbewilligung, tarifgesetzlich nicht festgelegt, konstataren müssen. Dabei haben es die Prinzipale jederzeit trefflich verstanden, den Tarifgemeinschaftsgedanken auch an höherer Stelle und in weiteren Kreisen geblühend zur Anerkennung zu bringen. Zum Beispiel schickte man 1901 an den kurz vorher in die 12000-Mitarbeiter vermittelten Graf Polabowski, der das Geld von Unternehmern zur Vorbereitung einer Suchhausvorlage empfangen hatte, ein Ausbildungsprogramm. 1906 wurde die Regierung von der Einführung des Falls-bzw. Organisationsvertrags in Kenntnis gesetzt. Vergessen wir dabei nicht, daß damals in der Arbeiterchaft zwecks Erzielung politischer Rechte der Massenstreik als Kampfmittel diskutiert wurde. Um das Buchdruckgewerbe vor Erschütterungen zu schützen, legten die Prinzipale die Leitlinien aus, während die Verbandsbeamten in dem Organisationsvertrag ein laugliches Mittel erblickten. Die Mitglieder setzten an der Kandidatur zu halten. Prinzipale und Verbandsbeamte hielten sich die Hände zu einem Schutz und Truhbündnisse gegen die nach Recht und Freiheit dürstenden Arbeiter gereicht, vereint in dem Gedanken: „Regierung, so was kannst du dich verlassen.“

Wenn sie, so war das Mißtrauen der Mitglieder geradezu Pflicht geworden! Die Begleitumstände der Einführung des Organisationsvertrags waren mehr als eigenartlicher Natur. Am 2. Oktober 1906 war der Abschluß zustande gekommen, die mündliche Berichterstattung erfolgte am 7. Oktober förmlich harmlos, während beziehungsweise der „Korr.“ erst am 9. Oktober den Inhalt der Berichterstattung bekannt gab, doch mit Nachdruck versicherte, daß nichts daran zu ändern sei. Ein Meisterstück der Verstellung! Aber diesen Prüfflehen hätten die Mitglieder nicht hinwegschleusen dürfen, sie mußten ihn halbblutig in den Ohren schreudern. Leider hat ihn erst die Erfahrung am eigenen Leibe befestigt, als 1918 eintrat, was die Gegner voraussetzte, die Rührung jeder Mißtrauensfreiheit.

Zusammengelaßt, können wir die Tarifgemeinschaft nur als Selbstzweck der Unternehmer bezeichnen. Durchaus nicht betrachten sie die Arbeiter in ihren Betrieben als gleichberechtigt, sondern nehmen nach wie vor den Herrschaftspunkt ein, nur daß dieser mit seinem Einflusse bis in die Arbeiterorganisation selbst dringt insofern, daß er durchgesetzt hat, daß Vertrauensmänner nur aus dem Ältesten Kreise des Personals genommen werden sollen, daß die Organisation der Gehilfen politisch und religiös neutral bleibt u. a. Ähnliches, die man nur erkennen muß. Schöne Redensarten und Humanitätsbeteuerungen stehen gar leicht aus dem Munde der Unternehmer, sind Sontagslein, süß und klebrig; aber in den Betrieben pfeift ein anderer Wind! Gegenüber dem brutalen Mißtrauen von Vorgesetzten, das Gehilfen schon mehr als einmal in den Streik getrieben hat, gibt es kaum ein mannbares Abwehrmittel. Schiedsgerichte erleben noch lange keine Solidarität! Und wer mit den Bestimmungen des Tarifs vertraut ist, fürchtet von den gestrengen Herrn keine Schiedsgerichtsbildung. Sie haben mit Augeneinsicht die heilige Buchdruckerbibel, den Tarif, den Gehilfen unter die Nase, zeigen, was erlaubt ist und was mit großer Gelassenheit: Sagen Sie doch! Die Tarifgemeinschaft ist das unvollkommene Produkt von Treu und Glauben, ihr Geist, ihr Wesen, ihr Inhalt ist der Verständigungsverlust zweier unüberbrückbarer Gegenüber, sie ist das Prokrustesbett, in das der Strom der Arbeiterforderungen gepreßt, die Mißtrauensfähigkeit vernichtet wird, sie ist ein großer Betrug der proletarischen Interessen!

Die Revolution hat uns politische Freiheiten gebracht. Sie hat uns auch einen Weg vorgezeichnet, um den Arbeitern größeren Einfluß auf den Wirtschaftsprozess zu sichern und nach und nach die Sozialisierung vorzunehmen. Die Institution der Arbeiterräte ist geschaffen. Sie bilden das Fundament, worauf der Neubau der Gesellschaft vor sich gehen, die Ordnung der Dinge sich bilden kann. In dieser Erkenntnis hatte am 3. November 1918

die Regierung mit den Arbeiter- und Soldatenräten folgende Vereinbarung getroffen: „Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen sowie die Gegenrevolution niederzubalten.“

Inzwischen ist die Regierung einen andern Weg gegangen, hat die Grundlage, auf der sie sich gegründet, verlassen und lacht den Einfluß der Arbeiterräte zur Bedeutungslosigkeit herabzubringen. Dieses Bestreben hat die ärgsten Belästigungen hervorgerufen, entspringt einer sehr gefährlichen Reaktion und läßt erkennen, wie leicht man die Bahn des Abgrundes beschreitet. Unglücklicherweise läßt sich die „sozialistische“ Regierung in ihrem Beharrungsvermögen auf die grausamen Mittel der Maschinen-gewehre, Flammenwerfer, Gasgranaten und Kanonen. Offiziere, Studenten und „Bürger“ sollen die geeigneten Interpreten der Regierung sein! Mit Hilfe dieser Elemente soll die „soziale Frage“ gelöst werden. Durch Abschlichten der besten Führer, der warmherzigsten Vertreter der Arbeiterinteressen, haben sie uns freilich bewiesen, daß sie die Aufgabe in ihrem Sinne zu regeln wissen. Doch die Arbeiter, vorübergehend gelähmt, erkennen den Schwindel, raffen sich zu neuem Wollen auf und suchen durch Generalfreist ihren Zweck, wenn nicht mit, so gegen diese Regierung zu erreichen.

Einen starken Lähmungsfaktor bildet das große Unglück der Arbeiterräte, die durch eine falsche Kriegspolitik hervorgerufene Zersplitterung. Dieses Kapitel verdient die gründlichste Beleuchtung und wird nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, als damit die Kräfte, die sie gefördert, reiflos in ihrem schädlichen Einflusse beseitigt sind. Die von den Arbeitern mit ihrer Interessenvertretung vertrauten Führer haben sich des Vertrauens nicht würdig gezeigt. 1914, als der Kriegszustand keine wilden Dragen leierte, schlossen sie mit den Feinden des Proletariats den Burgfrieden, gipfelnd in dem Verlassen, keine Lohnbewegungen, keine Aktionen zur Beschränkung des Wirtschaftslebens vorzunehmen.

Während die Kriegsindustrie ungeheure Gewinne den Kapitalisten in den Schoß warf, mußten die Arbeiter demgegenüber mit bescheidenen Löhnen zufrieden sein, die erst Aufbesserungen erlitten, als die Lebensmittel durch ungeübte Preissteigerungen einen beängstigenden Grad erreichten. Sinnlos kam der Abgang der Kriegswirkungen im Wirtschaftsleben zum Ausdruck: Bereichert auch! Das Gesellschaftsleben selbst nahm Formen an, die wie ein schleichendes Gift durch den Volkshörper gingen. Und all diesen Zerschlagungsmaßnahmen, diesen sinkenden Gehältern gegenüber verhielten sich die Arbeiterräte geradezu passiv, sie haben sich mißgünstig gemacht, indem sie nicht die soziale Frage auf den Schild erhoben, sondern an Stelle deren blutstreuend das elenderdärbernde Wort „Durchhalten!“ stand.

Die Teilnahme wurde durch das von den Arbeiterräten beschlossene Mißdienstpflichtgesetz zur äußersten Willensentfaltung gezwungen. Und dennoch enthielt es einen Teil von jener Kraft, die das Böse will, doch das Gute schafft. Die Betriebsausschüsse wurden zum Herde der in den Arbeitern schlummernden revolutionären Energie. Im Januar 1918 zeigten sich die ersten Vorboten zum Einsetzen der Gewerkschaftsführer, die nun nicht etwa sich verpflichtet fühlten, den ursprünglichen Zusammenhang der Dinge ernstlich zu studieren, sondern lediglich mit dem General v. Groener in ein und dasselbe Korn füttern: Ein Sumboss, vor streikt!

Genau entäußert haben uns die Gewerkschaftsführer während der Revolution. Statt dem Sozialismus die Wege zu ebnen, vereinbarten sie mit den Unternehmern und dem Reichsamt eine 32 Paragraphen umfassende „Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten“. Sie sind somit eilig am Werke, den korrupten, durch den Krieg und die Revolution in seinen Grundfesten erschütterten Kapitalistenstaat wieder aufzurichten und legt zu verankern. Welch eine geniale Idee der Expropriation der Expropriateure! Demgegenüber sind die Arbeiterräte die berufene Vertretung der werktätigen Bevölkerung. Sie haben die Aufgabe, die Neuordnung in Deutschland zu sichern und auszubauen. Sie haben die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten beider Geschlechter in Privatunternehmungen, in kommunalen und staatlichen Betrieben wahrzunehmen und eine eingehende Kontrolle der Betriebe auszuüben. Das Ziel ihrer Tätigkeit muß die schleunige Sozialisierung des Wirtschafts- und Staatslebens sein!

Alle Arbeiter, ohne Unterschied der Branche, haben an der Sozialisierung, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel das größte Interesse. Nur diejenigen können als Vertreter in Frage kommen, die auf dem Boden der Arbeiterräte voll und ganz stehen. Mit Karl Henckell lagen wir daher:

Sturm kütet das Gewissen,
Es ährt die Schuld,
Man wird mit einer gewissen
Das Nebenblatt der Schuld?

In Erkenntnis dessen, daß die Arbeiterräte die Institution für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens sind, bekämpfen wir die Animosität der Gewerkschaftsführer gegen sie und rufen den Arbeitern zu: Die Stunde des Proletariats hat geschlagen! Ruhest die Zeit!

Neukölln.

Hermann Kotte.

Vorstehender Artikel hat schon lange Zeit der Aufnahme. Sein außerordentlicher, jede Rücksicht auf die Raumverhältnisse vernünftigen lassender Umfangs verbinderte

ein früheres Erscheinen. Leider sind wir genötigt, um nur das Notwendigste zu sagen, die vom Kollegen Kotte so schief geäußerten Dinge etwas gerade zu rücken, auch noch einmal ein ansehnliches Raumopfer zu bringen. Es sei aber erklärt, daß so die Diskussion nicht weitergeführt werden kann.

Die vom Kollegen Kotte verfolgte Idee der „Stunde des Proletariats“ hat im gewissen Sinne Befangene wohl eine verlockende Grundlage. Aber Theorie und Praxis im wirklichen Wirtschafts- und Berufsleben wirken auch im täglichen Leben der Revolutionszeit nicht so brüderlich zusammen wie der kritische Gedankengang des Kollegen Kotte auf dem Papier. Mit diesem Widerspruch mußten besonders die Gewerkschaftsführer von jeher rechnen. Sie wollten Kets das Bessere; mußten sich aber immer nur mit Mißschlagsabteilungen begnügen, weil eben ihre Kraft niemals allein ausschlaggebend war, sondern Kets nur die hinter ihnen stehende Macht. Diese Macht wurde aber von jeder durch Herunterreißen und Verschlimmerung der Führer noch ganz besonders geschwächt. Auch Kollege Kotte hat im Laufe der Jahre dazu beigetragen, daß das Ansehen der Führer unserer Organisation durch Ausmaß des Mißtrauens zwischen Führer und Masse geschwächt und dementsprechend die Macht des Unternehmertums gestärkt worden ist. Er als alter und verbitterter Gegner des „Tarifgemeinschaftsbetts“ hat im Laufe der Jahre wohl am meisten dazu beigetragen, daß die tariflichen Rechte der Kollegen erst mühsam durch Druck von oben, von Verbandsvorstand, Gauvorständen oder sonstigen Gehilfenvertretern durchgesetzt werden mußten.

Jetzt, wo die alten arbeiterrätlichen Gewalten in Staat und Werkstoff durch das Explosionsfeuer der Revolution beiseite zu sein scheinen, tut Kotte so, als wären diese überhaupt nie vorhanden gewesen. Er schreibt verächtlich von der „Durchhaltepolitik“ der Gewerkschaftsführer während des Krieges; daß er selbst aber (zu seiner Ehre nehmen wir es an) der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe folgend, den Schlepprieg auf die Schulter nahm und in „Feindesland“ im Dienste der ihm verhassten Durchhaltepolitik der früheren deutschen Machthaber auch als einer unter vielen Millionen getan hat, was er tun mußte, wenn er nicht sein eigenes Leben verlieren wollte, betrachtet er anheimelnd als selbstverständlich. Eng und klein im Verhältnisse zu dem schweren Verantwortlichkeitskreis der Gewerkschaftsführer war aber sein Interessenkreis, den er als ernster, konsequenter Gegner jeder Durchhaltepolitik hätte opfern müssen. Viel größer und weitgreifender jedoch war der Pflichtenkreis der Gewerkschaftsführer, den sie zum Verdammnis der ganzen deutschen Arbeiterchaft hätten preisgeben müssen, wenn sie zur Tat hätten werden lassen, was ihnen jetzt Kotte selbst im Schoße des Revolutionsuntergrundes auch nur andeutend wagt!

Die Tarifgemeinschaftscharaktere des Kollegen Kotte wollen wir nicht allzu tragisch nehmen. Es ist ein grob Teil aller Lebenshüter darunter, die weder uns noch ihm wehe tun, auch wenn er sich noch so sehr darüber entrüstet. Das aber ein so starker Mann im Geiste immer noch an dem tariftlich nicht bindenden, im Hauptangriffspunkte schon nach wenigen Wochen abgedröckten Kontrollzettel Anstoß nimmt, obwohl in den meisten anderen Gewerben und Industrien die verhältnismäßig und schriftliche Arbeitskontrolle viel unerträglichere Formen als bei uns vor dem Kontrollzettel gehabt hat, hätten wir gerade von Kotte nicht erwartet. Etwas mehr Kenntnis der Dinge und Konsequenz auf diesem Gebiete haben wir ihm doch zugehört. Wo bleibt aber z. B. die Konsequenz, wenn Kotte den Kontrollzettel für die Leistungen der Arbeiter als ein unerträgliches Übel beurteilt, während er für die Tätigkeit der Gewerkschaftsführer und Gehilfenvertreter eine noch viel schärfere Kontrolle durch Öffentlichkeit der Tarifberatungen und stenographische Festlegung jeder ihrer Äußerungen bei solchen Verhandlungen fordert? Der kapitalistisch rechnende Unternehmer soll nach Kotte auf die Kontrollzettel verzichten, während die Arbeiter das Recht haben sollen, als „Arbeitgeber“ ihre Angestellten bis auf die innersten Gedanken zu kontrollieren. Die Arbeiterräte brauchen eine solche Kontrolle zwar nicht zu fürchten; nur würde sie an den Resultaten nichts ändern, wohl aber die Sache pervertieren. Das ferner der seltsame Organisationsvertrag, der gerade die Berliner Kollegenchaft noch selten daran verbindet hat, das zu tun, was sie gerade nach diesem Vertrage nicht hätte tun sollen, herhalten muß, um die Führer zu frangulieren, ist auch so ein Ding, das man drehen kann, wie man will, ohne daß dadurch die Verhältnisse besser werden. Das die nicht-öffentlichen Urteile seines Zustandekommens aber nicht von der Absicht einer Irrführung der Kollegenchaft diktiert war, sondern auf Gegenströmungen außerhalb des Gewerbes in damaliger Zeit zurückzuführen war, könnte Kollege Kotte gleichfalls erblich eingesehen haben. Hat er doch als Generalversammlungsbelegter in Köln 1908 erlebt, daß sein Standpunkt nicht bestand, vielmehr nach reiflicher Aussprache eine stimmende Resolution gegen nur drei Stimmen angenommen wurde. Wir aber sagen, der Organisationsvertrag hat zu einem erheblichen Teil für unsere Organisation nützlich gewirkt, und an gegenständlichen Tendenzen ist er gestorben. Mehr kann man doch nicht verlangen. Das Antiegraphieren des „Suchhausgrafen“ im Jahre 1901 verhält sich in Wirklichkeit so, daß es sich laut Wortlaut an den Reichshansler Bülow richtete und den damaligen Sozialminister Vosodowsky nur einschloß, weil zuvor eine Eingabe an den Bundesrat beschloffen war zwecks gesetzlicher Mitwirkung bei der Bekämpfung der Lebringszucherei.

Nicht minder unverständlich ist es, daß Kollege Kotte die Gewerkschaftsführer für das Zustandekommen des eben-

möglichen Hilfsdienstelebes verantwortlich macht. Denn diese haben sich um das Geseh nur insofern bekümmert, als es galt, für die Arbeiterklasse Bestimmungen zu schaffen, die sie gegenüber den früheren Nachbarn nicht wehrlas machten. Und als dies durch die Bestimmungen über die Betriebsauschüsse erreicht war, da hatten mit einem Male die früheren Freunde des Gesehes im Unternehmerlager gar kein großes Interesse mehr an dem Gesehe! Kollege Kotte sieht ja selbst in den durch das Hilfsdienstelebes geschaffenen Betriebsauschüssen Quellen der jetzigen revolutionären Energie! Wo wäre aber diese Quelle geblieben, wenn nicht gerade die Gewerkschaftsführer für deren Schaffung im Hilfsdienstelebes eingetreten wären, und zwar trotz der damals noch waffenfarrenden Welt des Kapitalismus? Auch die Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellenausschüsse beruht auf einer wohlbedachten Taktik der Gewerkschaftsführer im Interesse der Arbeiterklasse. Und die maßgebendsten Unternehmerorganisationen, einschließlich des Deutschen Buchdruckervereins, sind sehr wenig erbaut davon, denn gerade durch diese Verordnung wird ihr alter „Jesudaler“ „Serrim-Haus“-Standpunkt gesetzlich verabschiedet. Aber Kollege Kotte sieht trotzdem in der rechtsgerichtlichen Anerkennung der Tarifverträge eine Gefahr, die geeignet ist: „den in seinen Grundfesten erschütterten Kapitalistenhaas wieder aufzurichten und fest zu verankern“. Da scheinen die Unternehmer ja noch gar nicht dahinter gekommen zu sein. Viellecht hilft ihnen Kottes Hinweis noch auf den Sprung!

So könnten wir Zug um Zug „Die Stunde des Proletariats“ als eine wohlüberlegte Schöpfung der vom Kollegen K. so arg verklärten Gewerkschaftsführer kennzeichnen, und zwar an der Hand der tatsächlichen Entwicklung der Dinge. Diese Entwicklung hielt sich zwar frei von wehlfremden Phrasen, lehnt sich vielmehr mit Ernst und kühler Berechnung an den Geist und die Verhältnisse in den Stätten der Arbeit als der einzigen Lebensquelle auch des Proletariats. In dem gleichen Geiste werden auch die Arbeiterräte entweder bei mäßigem Feuer nur mit Wasser kochen, oder sie werden bei Überhitzung auch die revolutionäre Soufflékanone zum Platschen bringen und dadurch den Proletariat der Arbeiterklasse nur noch höher hängen. Ein Drittes gibt es nicht. Arbeiterräte und Gewerkschaften gehören zusammen, aber die ersteren hängen in der Luft, ohne praktisch arbeiten zu können. Die Gewerkschaftsführer trauen sich nicht gegen eine praktische Zusammenarbeit, wohl aber haben sie kein Verständnis dafür, daß vollständig neue Instanzen das Recht haben sollen, die Welt in Flammen zu legen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß bei solch gefährlichem Spiele mit dem Feuer alles in Staub in Asche verwanbelt wird, was dazu beitragen könnte, Haus und Herd des wehrfähigen Volkes tatsächlich auch menschenwürdig und freier zu gestalten. Sich dagegen zu kommen, ist wahre Kulturarbeit und jedes Gewerkschaftsführers Würde, wenn er noch Anspruch darauf erheben will, als Arbeiterführer und nicht als Verführer angesehen zu sein.

Die Redaktion.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Patienten dritter Klasse.

Das Kapitel der Benachteiligung von Klassenpatienten ist fast so alt wie das Krankenversicherungs-geseh selbst. Während des Krieges waren durch den Arztemangel die Zustände besonders krass, und sie wurden obendrein durch allzu harte Betonung des Materialismus im Arztleberni sehr verschärft. Früher waren die Ärzte froh, daß man sie aufsuchte und nachher seine Rechnung bezahlte — oder bezahlte konnte. Heute muß man vielmals als Klassenpatient froh sein, überhaupt behandelt zu werden. Wie weit es dabei nur zu häufig auch heute noch im werdenden demokratisch-sozialistischen Staate geht, das dokumentieren Tatsachen, die von Leipzig berichtet werden müssen.

Bei einem Spezialarzte der inneren Stadt haben die Klassenpatienten das zweifelhafte Vergnügen, das Klosett als Wartezimmer benutzen zu müssen. Es ist „komfortabel“ mit einfachen Bänken versehen und nur durch eine Portiere von der eleganten Klosettanlage getrennt, was den Raum in ein zunächst undurchdringliches Halbdominikum verleiht. Ist diese Herabwürdigung schon an sich schlimm genug, so übersteigt es jedenfalls alle Grenzen, wenn das selbst bei strenger Akute geschieht. Man vergegenwärtige sich: kranke Menschen Stundenlang in einem ungeheizten Raume! Es herrscht, wie man sieht, immer noch das alte System, und zwar die reinste Dreiklassenwirtschaft. Die erste Klasse für „bessere“ Herrschaften, die zweite für geringere und die dritte (das Klosett) für Drisklassenmitglieder. Wenn durch Ableitung und Verbergung des Mitgliederbuches der Türschlüssel gestrichelt wird, kann auch einmal die zweite Klasse erreicht werden. Hiernach richtet sich auch die Behandlung. Klassenmitglieder nur auf Distanz und kurz und bündig, in der üblichen Weise, da ja die Klasse „schlecht“ bezahlt. Wird der Herr Doktor schließlich einmal durch bessere Ableitung und vornehmere Auftreten gestrichelt und das Mitgliederbuch erst nach der Behandlung vorgelegt, dann ist natürlich das Malheur groß, und die zuvorkommende, sorgfältige Behandlung möchte am liebsten wieder rückgängig gemacht werden, was nicht gerade in üblicher Weise geschieht.

Dieser Fall ist typisch, wenn er auch nicht verallgemeinert werden soll. Wenn aber manche Ärzte ihre Aufgaben im neuen sozialistischen Volksstaate nicht besser verstehen, dann

müssen sie eines Bessern belehrt werden. Der Beruf des Arztes, der eine angeborene Menschlichkeit, den Humanismus, zur Voraussetzung hat, darf am allerwenigsten in einem Jerrbilde werden. Hoffentlich kann hierin eine eventuell vorzunehmende planmäßige Sozialisierung Abhilfe schaffen, indem den Klassen der Charakter der Arzterverorgungsanstalt genommen und aus den Klassen eine wirkliche Volksfürsorge gemacht wird. Man hüte sich aber vor Experimenten, denn infolge seiner Indoluenzhaft ist dem Arztleberni zum Segen des Volkes schwer beizukommen. -s.

Korrespondenzen

Barmen. Am 4. April beging Kollege Heinrich Lücken sein 50-jähriges Verbandsjubiläum. Der Jubilar beendete am 1. April 1869 in Leer seine Lehrzeit und trat am 4. April 1869 in Bremerhaven in den Verband ein. Außer in vielen Städten Deutschlands konfessionellerte er in Böhmen, Mähren, Tirol, in der Schweiz und in den Reichslanden und ist seit 1889 bei der Firma Fr. Staats (Barmen) beschäftigt. Kollege Lücken ist einer von denjenigen älteren Kollegen, die stets an unserm Verbandsleben regen Anteil nehmen. Gleichseitig begehrt Kollege Wilhelm Bremer sein 50-jähriges Verbandsjubiläum. Derselbe trat am 1. April 1869 bei Hermann Arumme („Remscheidener Zeitung“) als Setzer in die Lehre, ging nach vierjähriger Lehrzeit von da ins Wuppertal und arbeitete in beiden Städten Elberfeld und Barmen bei verschiedenen Firmen, trat 1875 bei der Firma Fr. Staats (Barmen) als Setzer ein, arbeitete dann eine Zeit als Setzermeister und ist seit längerem Jahren als Korrektor angestellt. Kollege Bremer ist seit 1875 Verbandsmitglied. Beide Jubilare erfreuen sich einer leisenen Frische und Rüstigkeit, möge ihnen ein beiderer Lebensabend beschieden sein!

Berlin. Am 5. April beging Kollege Emil Gordian den dankwürdigen Tag seiner 50-jährigen Zugehörigkeit zum Verbands. Mit großer Hingabe und Pflichterfüllung wirkte Kollege Gordian in verschiedenen Ämtern, so bis vor kurzem lange Jahre als Mitglied der Revisionskommission des Verbandes, mehr als 20 Jahre war er Schriftführer der verlosenen Invaliden- und Witwenkassen der Berliner Buchdrucker, und lange Jahre fungierte er als Vertrauensmann in der Norddeutschen Buchdruckerei, wo er noch seinen Posten am Kopfen bei voller Rüstigkeit ausübt. Wenn auch Kollege Gordian nicht groß an die Öffentlichkeit trat, so war er um so eifriger bestrebt, mit seiner Unabhängigkeit und Treue zum Verband im Stillen für die Sache des Großen und Ganzen zu wirken. Mögen ihm noch viele Jahre der Rüstigkeit und der guten Gesundheit beschieden sein! Wir wünschen es ihm und gratulieren kollegial und herzlich.

Danzig. Die am 4. März abgehaltene Versammlung beschäftigte sich nach Erledigung von vier Annahmen und dem brillanten tariflichen Verhandlungen, mit den vom Kartellverein vereinbarten Bedingungen. Mithin kam zum Ausdruck, daß die jetzt bestehenden Abne nicht mehr ausreichend sind, um unsere Lebenshaltung zu bestreiten. Auch deren Festlegung bis zum 31. August wurde als Härte empfunden, da die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse von Tag zu Tag steigen. Nach einer ergebnislosen Aussprache nahm die Versammlung folgende Entschliessung an: „Trotz Anerkennung der geleisteten Arbeit und dem Willen, den Arbeitssolten unterstützend beizupringen, ist die Versammlung durch die Beibehaltung der bisherigen Leuerungszulage bis Ende August d. S. arg enttäuscht. Eine Erhöhung derselben wurde bei der fortgesetzten Steigerung der Preise für alle Artikel des täglichen Bedarfs infolge der Unzulänglichkeit der bisherigen Zulage unbedingt erwartet. Die Versammlung lehnt eine Möglichkeit, mit der letzten Zulage wirtschaftlich auszukommen und sich arbeitsfähig zu erhalten.“ Diese Entschliessung mit dem dazu gehörigen Kommentar ist auch sämtlichen hiesigen Tageszeitungen übermittelte worden, da die hiesige Prinzipalität bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit mit den „hohen Abneben“ der Buchdrucker an die Öffentlichkeit haufenlos geht.

Vorbehalt (Oberz.). Um die hiesigen Kollegen für das Organisationsleben fester zusammenzuschließen, damit ihre Lebensinteressen verbessert werden können und hier endlich durchweg tarifliche Verhältnisse geschaffen werden, wurde am 24. Januar hier ein Ortsverein ins Leben gerufen, zu dessen Vorsitzenden Kollege Georg Alwandner gewählt wurde. Wir haben hier mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Firma Strell ist die schlimmste Tarifhunderin am Orte. Gegenwärtig stehen dort drei Gehilfen im Lebrlinge gegenüber. Mithin ist die Lehrlingszahl um drei Lehrlinge überschritten, und das erlaubt sich die genannte Firma schon seit Jahr und Tag. Aber nun ist die Zeit der Abrechnung gekommen, denn unsere Mitgliedschaft wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln mit den Mitteln abzurufen. Sehr bedauerlich ist, daß es heute noch „wilde“ Buchdruckergehilfen gibt, die den Geist der neuen Zeit nicht erfaßt haben und den Prinzipal in der Ausbeutung der Lehrlinge weiter unterstützen. Solches Verhalten muß auf das entschiedenste verworfen werden in Anbetracht der trostlosen Lage auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt. — Am 28. Februar fand unsere erste Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gedachte des Kollegen Edgar Müller, der heute leider als der bestgeeignete Mann an der Spitze unserer Mitgliedschaft stünde, wenn er nicht im September 1916 unglücklicherweise dem Bismarkorden zum Opfer gefallen wäre. Alle übrigen Kollegen sind mit heilen Gliedern zurückgekehrt. Die Firma Strell kümmert sich bis heute

um die Erlasse des Demobilisationsamts ebensowenig wie um tarifliche Bestimmungen, denn bei ihr werde i weder die Leuerungszulagen bezahlt, noch ist der 1. Augusttag eingelöst, noch ist einer von ihnen fünf Jerrgesellenehmern (Nichtmitgliedern) eingestellt. Die Gehilfen wurden abgewiesen, weil sie eben leurer sind als Lebrlinge. Am Orte liegen sieben Konfessionlose. (Daß die hier gelährten tariflichen Verhältnisse schleunigst beseitigt werden, dafür sollten sich alle in Betracht kommenden Instanzen energisch einsetzen. Vor allem gilt es, die bei der Firma Strell beschäftigten Gehilfen aus ihrem Solenschlaf zu erwecken. Red.)

R. Stegath. Die am 9. März tagende Monatsversammlung ehre das Andenken des verstorbenen, sich um unsere Organisation überaus verdient gemachten Breslauer Bezirksvorstehers, Kollegen Kästel. Es mühte konfessionell werden, daß nur in zwei Firmen die vom Demobilisationsamte vorgeschriebenen Arbeiterauschüsse gewählt wurden; die Kollegen der andern Firmen vertraten, das Veräumte sobald als möglich nachzubolen. Vorsitzender Scholz erinnerte an die Bedeutung, die dieser Arbeitervertretung in gegenwärtiger Zeit beizumessen ist. Der Gauvorstand beschloß, den Lebrlingen im letzten Lehrjahre die „Topographischen Mittelungen“ auf Kosten des Gaues auszustellen, wurde der hohen Kosten wegen zurückgezogen. Der Gauvorstand ging von dem Standpunkt aus, ein Lehrling, dem keine Fortbildung selbst am Herzen liegt, wird auch die Fachliteratur sich auf eigene Kosten beschaffen. Vom Vorstande der Graphischen Vereinigung wurde versprochen, die demnach abzuhaltenen Vorträge auch den ältesten Lehrlingen nutzbar zu machen. Die Neuaufnahme zweier Kollegen wurde einstimmig vollzogen. Den Kartellvertrag erstellte Kollege Machs. Hiernach schloß sich eine rege Aussprache, nach der energische Maßnahmen zur gerechten und richtigen Lebensmittelverteilung verlangt wurden. Vorsitzender Scholz wurde beauftragt, an den Gehilfenvertreter, Gauvorsteher Fiedler (Breslau), ein Schreiben zu senden des Inhalts, daß man die Schwierigkeiten bei den Leuerungsauflösungen während der letzten Kartellauskühlungen anerkenne, sich dabei aber nicht verstellen kann, zu rügen, daß dieses Abkommen bis 31. August abgeschlossen wurde, ohne die dauernd fehlende Leuerung zu berücksichtigen. Der Vorsitzende begrüßte die den in der Versammlung anwesenden Kollegen Steiner als 50-jährigen Verbandsjubilare. Eine spezielle Ehrung dieses Kollegen, der auch in unserer Organisation rege mitgearbeitet hat, soll mit der Feier des 50-jährigen Ortsvereinsjubiläums verbunden werden. Bezüglich der Ferienfrage betonte Kollege Scholz, jeder Druckereivertrauensmann solle auch in diesem Jahre bei seiner Firma dahin wirken, für die Kollegen einige Tage Erholung herauszulagen.

Rundschau

Mitteilungen der Redaktion. Gemäß der nach Beendigung des Leipziger Generalstreiks im März gegebenen Zusicherung, die ausgefallenen Nummern des „Korr.“ einzubolen, indem in den Ferienwochen ebenfalls drei Ausgaben erscheinen, soll auch am 22. April der „Korr.“ herauskommen. Für diese Nummer bestimmte Einsendungen müssen wegen der Osterferie am 17. April früh hier sein. Für die Osternummer ist am 16. April früh Schluß. — Bei allen Einsendungen ist der verlangte Betrag vorher mehr in Betracht zu ziehen. — Das Weitererhalten des „Korr.“ hängt für den Fall eines neuen Generalstreiks in erster Linie davon ab, ob einleuchtende Kraft für den Druck gestellt werden kann.

Buchdrucker im Kommunaldienst. In Dresden: Emil Klein und Heinrich Wendke. — In Düsseldorf: Paul Gerlach und Wilhelm Seucher. — In Raumburg a. d. S.: M. Nicolai, D. Lehmann und H. Winkler. — In Schwerin: L. Hermann Lüdemann (zugleich als stellvertretender Vorsitzender). — In Stolp i. P.: Edm. Frohnhöfer. — In Salzwedel: Albrecht. — In Swinemünde: Schäfer und Lorenz. — In Altdorf (Sorb.): Paramann als Gemeindevorstand (zugleich als Abgeordneter für die Preussische Landesversammlung).

Hauptversammlung des Faktorenbundes. Der Deutsche Faktorenbund beruft seine neunte ordentliche Hauptversammlung für den 20., 21. und 22. Juni nach Dresden ein. Aus der vorgelegten umfangreichen Tagesordnung heben wir folgende Punkte hervor: Vertragsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Deutschen Faktorenbund; Die soziale und wirtschaftliche Lage und unsere Stellung in der Angestelltenbewegung. Außer mannigfachen zu erledigenden geschäftsmäßigen Beratungsgegenständen sollen auf dieser Tagung auch die Vertrags- und Unterkunftsverhältnisse des Bundes einer Neuregung unterzogen werden, die Vertragsgemeinschaft dürfte ebenfalls einen nicht unwesentlichen Raum einnehmen, so daß die Bundesversammlung für drei Tage hinreichend zu tun haben wird, der ihrer farrdenen Aufgaben Herr zu werden.

Wichtig für alle Schmalzschneidbetriebe. Von Maschinenherstellern wurde uns folgende Zuschrift gefandt, die wir in Anbetracht der Wichtigkeit und des leider noch immer nicht behobenen Gasmangels gern zur Veröffentlichung bringen: Der Gasmangel, der gegenwärtig in fast allen deutschen Druckereien die Schmalzschneid zum Stillen brachte, ist dadurch behoben, daß man das Acetylen gas für die Beheizung der Schmalzschneid dienlich macht.

Ohne jede Schwierigkeit und ohne jede Betriebsunterbrechung kann jederzeit die Beheizung zum Kohlen- und Gasbetrieb gewechselt werden. Zur Zeit arbeiten schon viele Schmelzwerke teils mit Kohlen- und während dessen Sperr mit Gasbetrieb. Die Umwechslung vom Kohlen- zum Gasbetrieb ist im Augenblicke bewerkstelligt, da ja lediglich die Brenner umzuwechseln sind. Der Gaszylinder kann gleich an die vorhandene Gasleitung angeschlossen werden, und es bedarf infolgedessen beim Wechseln der Beheizung nur der Öffnung eines Umschaltbalkens. Die Apparate sowie die erforderlichen Brenner werden von der Firma Joh. Zullger & Co., Autogenwerk in Eisenach (Süd.), in kürzester Zeit betriebsfertig geliefert. Genannter Firma stehen Referenzen namhafter Druckereien zur Seite, welche betonen, daß es ihnen durch die Anstellung der Gasheizungsapparate möglich gemacht wurde, ihre Zeitungen in gewohnter Weise erscheinen lassen zu können. Wer eine solche Anschaffung vornimmt, braucht keine Schmelzwerke wegen Gasmangels stillstellen zu lassen.

Preiserhöhung für Zeitungspapier. Die Reichsstelle für Druckpapier gab unter dem 28. März die neuen Preisaufschläge für das Zeitungspapier bekannt. Danach ist der Aufschlag für Rollenpapier auf 63,25 Mk. und für Formatpapier auf 67,25 Mk. für 100 kg erhöht worden. Kohlen- und Frachtsteuer, der Kriegszuschlag zu den Frachten des Güterverkehrs sowie Umsatzsteuer sind in diesen Aufschlag inbegriffen. Die Erhöhung gilt für die Zeit vom 1. April 1919 bis 30. Juni 1919 und bedeutet wiederum eine ganz beträchtliche Steigerung der Preise für Zeitungspapier, dessen Friedenspreis 21—22 Pf. pro Kilogramm betrug. Ende 1917 stieg der Preis für Rollenpapier auf 49 Pf., im April 1918 auf 54 Pf. Die folgende Zeit brachte dann weitere Erhöhungen, zunächst auf 61,5 Pf. und am 1. November auf 63,5 Pf. Trotzdem nun dieser Aufschlag auf fünf Monate, also bis 31. März 1919, festgelegt war, trat mit Beginn dieses Jahres eine weitere Steigerung um 5,5 Pf. und am 1. April eine solche um 15,5 Pf. ein, so daß sich gegenwärtig der Preis für ein Kilogramm Rollenpapier auf etwa 84 Pf. stellt. Der Preis für Flachdruckpapier ist noch etwas höher, er beträgt zur Zeit ungefähr 88 Pf. Es kommt ferner in Betracht, daß am 1. April 1919 — nicht, wie ursprünglich berichtet wurde, am 1. Juli — mit dem Abbau der Reichs- und Staatszuschüsse, zunächst in Höhe von etwa 5 Mk. für 100 kg, begonnen werden soll. Das Papier für Zeitungschriften, das in letzter Zeit schon mit 1 Mk. pro Kilogramm bezahlt werden mußte, kostet in Zukunft sogar 1,20 Mk. Das sind abermals gewaltige Belastungen für das Zeitungsgewerbe im allgemeinen, und speziell die unterschiedliche Behandlung zumungunsten der Zeitchriften und somit auch der Gewerkschaftspresse bedeutet eine schreiende Ungerechtigkeit.

In Köln verbotene Zeitungen. Der britische Militärgouverneur setzte den Oberbürgermeister von Köln davon in Kenntnis, daß folgende Zeitungen zur Einfuhr in das britisch besetzte Gebiet verboten sind: „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Essen), „Berliner Morgenpost“, „Berliner Tageblatt“, „Berliner Börsen-Courier“ und „Germania“ (Berlin).

Ein preußisches Lohnnamt. Für Preußen wird die Einrichtung eines Lohnnamts geplant. Um die Gefahren für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie im Weltbewerbe mit dem Auslande nach Abschluß des Friedens abzuwenden, hat sich in bezug auf die Bestrebungen auf fortgesetzte Heraushebung der Löhne in der Industrie ein baldiges staatliches Einschreiten notwendig gemacht. Die Aufgaben dieses Lohnnamts sollen die folgenden sein: Vermittlung des Einvernehmens bei Lohnstreitigkeiten, Unternehmungen über die Notwendigkeit der erhobenen Ansprüche und der Erklärungen der Arbeitgeber, Aufklärungen über die Zu-

ammenhänge des Wirtschaftslebens und Vorarbeiten für den allmählichen gleichmäßigen Lohnabbau. Es wird in Erwägung gezogen, als Gegenleistung die wichtigsten Waren und Lebensmittel einer Preiskontrolle zu unterwerfen, sobald die Verhältnisse dies zulassen, um dem Wucher entgegenzutreten.

Generalfreik der Bankangestellten? Die zweite Aprilwoche ist als kritisch im voraus bezeichnet worden: Zu diesen Merkmalen hat die von den Angestellten der Darmstädter Bank ausgehende, auf die übrigen Großbanken in Berlin übergriffene und sich jedenfalls auf das Reich noch ausdehnende Bewegung der Bankbeamten ein weiteres geschaffen. deren Vorkämpfer unbestreitbar ist. Einstellung des Bankbetriebs würde auch die Lohnauszahlung und ähnliche Leistungen (Kassenauszahlungen usw.) in Frage stellen. Die Berliner Bankangestellten haben in einer Zirkus-Buch-Veranstaltung, Einwirkungen von unabhängig-sozialdemokratischer Seite gegenüber mit Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß sie keinerlei politische Ziele verfolgen, sondern eine reichsarbeitsrechtliche Regelung der Gehälter für alle Bankangestellten Deutschlands herbeiführen wollen und dafür das Mittel des Streiks in Anwendung bringen. Der Verband der Bankbeamten und der gemäßigtere Deutsche Bankbeamtenverein sind die Träger der neuen großen Bewegung. Die Großbanken haben sich mit der Darmstädter Bank solidarisch erklärt. Darauhin beschloß erwähnte Veranstaltung, alle Bankangestellten Deutschlands aufzufordern, am 10. April die Arbeit einzustellen, wenn sich bis dahin der Verband der Berliner Bankangestellten nicht zu Verhandlungen über einen Reichsarbeitsvertrag bereit erklärt hat. Man will also durch den Streik einen einseitigen Tarif erzwingen. Zu der in Arbeitereinstellung sehr künstlich erzeugten Meinung von der Überflüssigkeit der Tarifverträge ist auch das ein bemerkenswertes Gegenstück; die großen Streiks der Angestellten in der Berliner Metallindustrie und der Versicherungsangestellten in Berlin hoben vorausgehend schon gezeigt, daß durchaus nicht alles als bare Münze zu nehmen ist, was heutzutage in die Massen geworfen wird. Unter den Bankbeamten gärt es schon lange. Die Kassenbetriebe sind noch von dem alten Unternehmertumspunkte besetzt, der sich nicht zuletzt in ungenügender Bezahlung behelldet. Die Beamtenschaft der Deutschen Bank hat zur Abwendung einer Krise für das Wirtschaftsleben vorgeschlagen, bringende Geschäftsabwicklungen sowie die Auszahlung von Löhnen und Gehältern vorzunehmen. Das Reichsarbeitsministerium ist zur Vermittlung angerufen worden.

Eine freiwillige Sozialisierung. Der Mitinhaber des Jenaer Glaswerks von Scholl und Genossen, Dr. Otto Scholl, hat in den Geschäftsräumen des Werkes folgenden Antrag ausgehängt: „Der Arbeiterausschuss hat aus sozialpolitischen Gründen den Antrag gestellt, daß ich meinen Geschäftsanteil in der Firma Scholl und Genossen der Karl-Zeiss-Stiftung abführen möchte. Da schon mein Gesellschaftsvertrag aus dem Jahre 1891 diese Abtretung vorsieht, und ich aus den Vorgängen der letzten Tage die Überzeugung gewonnen habe, daß eine abschließende Abtretung wesentlich dazu beitragen würde, den Frieden im Betrieb aufrecht zu erhalten, der mir in der heutigen Zeit ganz besonders am Herzen liegt, habe ich mit der Karl-Zeiss-Stiftung vereinbart, daß sie mit dem 1. April d. J. meinen Geschäftsanteil übernimmt, daß ich von diesem Tag ab als Gesellschafter aussteige und dann nur noch als Beamter der Firma und Mitglied der Geschäftsleitung tätig sein werde.“

Gestorben
In Altdorf am 28. Februar der Seher Karl Vöser aus Naumburg, 61 Jahre alt — Unterernährung; am 13. März der Seher Eduard Wimmel aus Sothen, 51 Jahre alt — Gallenstein.

In Altdorf am 5. März der Seher Viktor Liebling, 56 Jahre alt.
In Grippen der Seher Paul Gabriel von dort, 20 Jahre alt — Grippen.
In Kriem (Schweiz) am 6. März der Buchdruckereibesitzer Martin Wolff-Röder aus Leipzig, 43 Jahre alt.
In Beuthen am 18. März der Maschinenseher Paul Silberberg, 58 Jahre alt — Grippen.
In Braunschweig am 12. März der Korrektorinvalide Karl Gordan, einer der 50jährigen Verbandsjubilare vom 20. Mai 1916, 73 Jahre alt.
In Bromberg am 28. März der Seher Emil Donner, 34 Jahre alt.
In Chemnitz am 19. März der Korrektor August Maurer, 52 Jahre alt — Lungenerkrankung; am 21. März der Korrektor Wilhelm Julius Scholz, 68 Jahre alt.
In Danzig am 8. März der Seher Walter Dehne, 37 Jahre alt — Lungenerkrankung.
In Oberswalde am 17. März der Seher August Piepp aus Strasburg (Hn.), 27 Jahre alt — Lungenerkrankung.
In Oberfeld am 14. März der Seher Paul Deubert von dort, 31 Jahre alt.
In Ostesberg der Buchdrucker Otto Baler, 22 Jahre alt.
In Hamburg am 16. März der Schweizerdegen Georg Hoff von dort, 39 Jahre alt.
In Kiel am 15. März der Seher Karl Mildner von dort, 26 Jahre alt — Grippen.
In Königsberg i. Pr. am 25. Februar der Seherinvalide Louis Scholz, von dort, einer der 50jährigen Verbandsjubilare vom 20. Mai 1916, 75 Jahre alt; am 3. März der Oberkorrektor Reinhold Wolffgramm aus Stettin, 43 Jahre alt — Anginalschmerz.
In Lehr der Seher Karl Harber — Schwindsucht.

Briefkasten
A. S. in M.: Zugelambes mit Dank erhalten. Wir legen es zurück, bis sich Gelegenheit bietet, den Herren ihr Interesse für das Wohl der Seherinnen mit Tatkraft zu demonstrieren, wo ihr Vertreter bei Tarifverhandlungen hartnäckig gerade das Gegenteil dokumentiert hat. — S. S. in Zw. und St. G. in St.: Die in Frage stehende Firma haben wir in letzter Zeit — neuerdings in Nr. 38 — wiederholt an den Frager geschrieben. Wir würden ihr gewiss zu viel Ehre erwünschen, wenn wir uns noch weiter mit ihr beschäftigen wollten. Die Mitteilungsart wird auch über sie hinweggehen. — St. Hild.: Artikel über Aufnahmehilfe, obwohl wir uns unter einem Entwurf etwas anders vorstellten. Zur Regelung der andern Frage bitten wir um Ihre genaue Adresse. — H. D. 56: 3,25 Mk. — H. D. in Stettin: 3,03 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Aursuff, Nr. 1191.

Adressenveränderungen
Mischerleben. (Maschinenmessenverein.) Vorsitzender: Willi Heimecke, Steinbrücke 43; Kassierer: Karl Gröper, Mittelstraße 12.
Kugsborg. Vertrauensmann: Georg Maier, Oststraße 7 II.
Zuer 1. W. Kassierer: Joseph Wille, Wesselsdorfer Straße 77.
Naumburg. a. d. S. Vorsitzender: Franz Fuhrmann, Seilerweg 6 II.

Veranstaltungskalender
Dortmund. Versammlung Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr, im „Schwanen-Raben“, Hanfstraße.
Sachsenhausen-Teich. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. April, vormittags 11 1/2 Uhr, im „Drei-König“ in Göttingen.
Kiel. Bezirks-Maschinenmessenversammlung Donnerstag, den 17. April, in Adlers Restaurant (Zimmer Nr. 11), Walfenholstraße 1.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
Bekanntmachung des Tarifamts betreffend Ginderung einer Tarifauschüttung.
Kritik: Wichtige Tarifauschüttung. — Die Stunde des Protestarials!
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Patienten driller Klasse.
Korrespondenzen: Barmen. — Berlin. — Danzig. — Vordahlem. — Regnitz.
Ausschnitte: Mitteilungen der Redaktion. — Buchdrucker im Kommunaldienst. — Hauptversammlung des Faktorenbundes. — Wichtig für alle Schmelzwerkebetriebe. — Preiserhöhung für Zeitungspapier. — In Köln verbotene Zeitungen. — Ein preußisches Lohnnamt. — Generalfreik der Bankbeamten. — Eine freiwillige Sozialisierung.

Die Verbandsgeschichte

muß ein jeder Kollege so in Besitz haben, um sie geistig jederzeit für die Organisationsarbeit der Gegenwart verwenden zu können.
Alt und jung hole Versäumtes nach!
Bestellungen bei den Vorständen.

Typographen
(A oder B) sofort zur Anschaffung gesucht, „Mitteldeutsche Zeitung“, Wilhelm (Ausz.).

Zwei Typographen
für Russisch (Modell A) ins Berechnen sofort gesucht.
Spanische Buchdruckerei, Leipzig.

Wir suchen für unseren Betrieb (Stein- und Holz) einen durch langjährige Erfahrung geschulten, durchaus tüchtigen, selbstständig arbeitenden ersten [564]

Monotypisten
in ansehnliche, dauernde Stellung (Verheiratete bevorzugt) und billigen geeigneten Bewerber um ausführliche Angebote unter Beifügung ihrer Lohnforderung.
Georg Reimer, Trebbin (Str. Teltow).

**Unterschneiderinnen
Sandschleiferinnen**
gebühe, sucht
Schriftsetzerin Scheller & Giesche,
Leipzig, Brüderstraße 26.

**Tüchtiger, gewandter
Inseraten- und
Abzidenzseher**
23 Jahre alt, mit allen vorkommenden Sabarten bestens vertraut, sucht sofort oder später Stellung in Baden, am liebsten Karlsruhe, Baden-Baden oder Bad, jedoch nicht Bedienung. [569]
Gest. Offerten unter J. H. 3000 hauptpostl. Nempten (Bayern, Altdau).

Tüchtiger Seher
In jeder Sahart durchaus perfekt, sucht Stellung. Offerten an G. Baumann, Altd., Seebertswall 26 I. [575]

**Jünger
Schweizerdegen**
Kost arbeitend, vertraut mit Unterjohannis-Apparat Klein & Angerer, sucht sofort Stellung. Offerten unter R. F. Nr. 583 an die Geschäftsst. d. Zl. erbeten.

Zurichseher und Scheren
Nähern und Nähnähern sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfohlen
H. Sieg, München 9, Kolonnenstraße 1.
Katalog 25 Pf.

Tezzahlung
Photo-Apparate
aller Art
Photogr. Artikel
Kataloge umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin P. 407
Belle-Alliance-Str. 7-10.

Nähern, Nähnähern, Zurichseheren usw. Fachliteratur, Seherkatalog, Katalog um 1 Pf. Goldschmidt, Halle a. d. S., Rosenstr. 3.

Wie soll ich zurichten?
Ein Leisetzler, haben der Jurisdiktion in allen Druckerarbeiten auf Schnellpresse u. Ligele, 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunst- druck, geb. postfrei 2,15 Mk.; ferner
Der Buchdrucker am „U-B.“
Ein Halbeseeher, Einstellung des Unterjohannis-Bogenzählers auf alle Papierarten; 93 S., Oktav, 55 Abb., geb. 1,55 Mk., postfrei geg. Voreinsend. od. Nachn. v. Verf. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

Jellenmaß mit sämtlichen Einzell. 80 Pf. G. Fröh, Mainz, Mainzstr. 30

Für die uns aus Anlaß unfres 50jährigen Berufs Jubiläum überbrachten Glückwünsche sagen wir allen Freunden und Kollegen wie auch dem Berliner Gauverband unsern [581]

herzlichsten Dank!
Berlin, im April 1919.
Albert Berger, Ad. Dietrich, Theodor Schneider.

Am 5. April verstarb nach längerem Leiden unser werter Mitglied, der Seher [578]
aus Breslau, im 28. Lebensjahre. Obre seinem Andenken!
Ortsverein Breslau.

Ein Leipzig verstarb infolge Ertrinkens in der Pleiße unser Mitglied, der 19jährige Drucker
Erich Mehnert
aus Zwickau. [579]
Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Mitgliedskassier Zwickau.

Am 3. April verstarb unser lieber Kollege, der Seher
Richard Kaufmann
im 62. Lebensjahre. [576]
Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren
Die Kollegen der Firma W. Druggall, Leipzig.

Am 8. April verstarb unser lieber Kollege, der Rotationsdrucker [582]
Otto Schmidt
aus Naumburg, im Alter von 49 Jahren.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt bleiben.
Verein Steffler Buchdrucker.